



Foto: Hanno Polomsky

Protest gegen die Castortransporte ins Wendland, November 2011

Endlager... verzweifelt gesucht

Hochradioaktiver Müll stapelt sich an den AKWs und in den Zwischenlagern und täglich kommt mehr Müll dazu. Die Atomindustrie setzt immer noch auf ein Endlager in Gorleben – obwohl der Salzstock dafür ungeeignet und der Widerstand dagegen ungebrochen ist.

Der Umgang mit Atommüll ist und bleibt ein Desaster. Hochradioaktiver Atommüll in Form bestrahlter Brennelemente stapelt sich in den Zwischenlagern an den AKW-Standorten. In den Zwischenlagern in Gorleben, Ahaus und Lubmin türmen sich große Mengen hochradioaktiven Mülls aus der Wiederaufarbeitung, aus Versuchsreaktoren und dem atomaren Erbe der DDR. Und täglich fällt in den verbliebenen neun Reaktoren weiterer hochradioaktiver Atommüll an. Schlimmer noch: Die beiden Atommülllager ASSE II bei Braunschweig und Morsleben zeigen, wie unverantwortlich und unbeherrschbar der Umgang selbst mit leicht- und mittelradioaktivem Atommüll ist. Die Atomindustrie und Teile der Politik setzen für den hochradioaktiven Atommüll auf Gorleben. Doch der Widerstand gegen diesen Standort ist ebenso groß wie die Sicherheitsbeden-

ken: Jetzt soll in einem neuen Anlauf ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll gefunden werden. Ohne umfassende Vergleichsuntersuchungen anzustellen, wurde vor über 30 Jahren der Salzstock Gorleben zum Standort für die Lagerung hochradioaktiver Abfälle bestimmt. Seitdem gibt es massiven Widerstand gegen diese Entscheidung, vor allem, weil von einer „ergebnisoffenen Erkundung“ nicht die Rede sein kann. Weder bei der Standortauswahl, noch bei der späteren unterirdischen Untersuchung standen geologische und Sicherheitsanforderungen im Vordergrund, sondern eher politische Interessen.

Mit dem Regierungswechsel in Baden-Württemberg nach der Atomkatastrophe von Fukushima ist nun scheinbar Bewegung in die Endlagerdebatte gekommen. Im Sommer 2011 erklärte sich die erste

grün geführte Landesregierung bereit, auch im eigenen Bundesland für die Atommüllentsorgung Verantwortung zu übernehmen. Im Rahmen der Verhandlungen um den Atomausstieg nach Fukushima verabredeten Bundesregierung und Teile der Opposition daher, mit einem Gesetz die Endlagersuche neu zu regeln. Darüber wird nun seit dem Herbst 2011 zwischen Bund und Ländern verhandelt. Michael Sailer, Chef des Öko-Instituts und der Entsorgungskommission der Bundesregierung, sagte im September 2011 der taz: „In so ein Gesetz muss folgendes rein: 1. Dass es ein transparentes Verfahren gibt, 2. Wer entscheidet, 3. Wie konkret die Bürgerbeteiligung aussieht und 4. Ein Zeitplan, der unter anderem vorsieht, dass man bis 2014 oder 2015 die vier bis fünf Standorte für die vertiefte Prüfung bestimmt hat.“

Auf dieser Basis hat der grüne Umweltminister aus Baden-Württemberg, Franz Untersteller, im Oktober einen Vorschlag der Landesregierung unterbreitet, der vier Phasen für die neue Endlagersuche vorsieht: In Phase 1 sollen bis 2014 auf Basis vorhandener geologischer Daten vier mögliche Standortgebiete ermittelt werden. Diese sollen in der Phase 2 mithilfe von geophysikalischen Methoden und Bohrungen näher untersucht werden. Im Jahr 2021 sollen dann nur noch zwei Standorte weiter bewertet werden. Phase 3 sieht die detaillierte Erkundung unter Tage und die Auswahl eines Endlagerstandorts vor. Schließlich wird in Phase 4 nach der Entscheidung für den Standort der Ausbau erfolgen. Außerdem spricht sich Untersteller für die Rückholbarkeit der Abfälle aus.

Gorleben muss als Standort aufgegeben werden

Ein entscheidender Punkt ist die Frage, ob und wie Gorleben weiterhin als ein Standort des neuen Verfahrens bestehen bleibt. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hatte nach dem im Jahr 2000 verhängten Moratorium in Gorleben Ende 2009 den Beschluss gefasst, die unterirdische Erkundung, besser den Weiterbau, weiter voranzutreiben. Dabei ist aus vielen Gründen klar, dass Gorleben als Standort endgültig aufgegeben werden muss. Dass die Entscheidung für Gorleben als Standort für ein Atommülllager in den 70er Jahren ausschließlich eine politische – und keine geologische – Entscheidung war, ist heute durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss im Bundestag klar belegt. Auch die sogenannte Erkundung hat gezeigt, dass der Salzstock Gorleben nicht geeignet ist. Es gibt zahlreiche Fakten, die das belegen, zwei der wichtigsten sind sicher: Gegen Wasserkontakt ist der Salzstock Gorleben geologisch nicht ausreichend geschützt. Unter und auch im Salzstock sind große Gasfelder eingelagert, die einen enormen Druck auf den Salzstock ausüben und explosiv sind.

Eine wirklich ergebnisoffene Prüfung hätte längst dazu führen müssen, dass die Erkundung in Gorleben beendet wird. Vor diesem Hintergrund ist völlig klar, dass Bürgerinitiativen, Umweltorganisationen – auch ROBIN WOOD – und viele andere gesellschaftliche Gruppen das Aus für Gorleben fordern. Im Rahmen der jetzt laufenden Bund-Länderverhandlungen haben sich SPD und Grüne für einen Baustopp in Gorleben ausgesprochen. Doch Baustopp und das Ende für Gorleben sind nicht dasselbe! Die Bedeutung dieser Frage ist nicht nur eine technische oder geologische, sie ist auch eine Frage von Vertrauen und Transparenz sowie von Macht und Demokratie! Seit fast vier Jahrzehnten haben unterschiedlichste Bundes- und Landesregierungen im Salzstock Gorleben buddeln lassen. Von Anfang an ist die Bevölkerung – nicht nur – im Wendland mit Halbwahrheiten und Lügen hinters Licht geführt worden, sind Erkundungsergebnisse schön geredet oder bei Bedarf ignoriert worden. Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte

Protest von ROBIN WOOD-AktivistInnen entlang der Castorstrecke im November 2011: Widerstands-Baumhaus in einer Eiche in Langendorf (rechts) und Gleisblockade bei Harlingen (unten)



Fotos: Neugebauer/Grodzki/visual.rebellion





in einem klaren rechtlich geregelten Verfahren sind der Bevölkerung bis heute verweigert worden. Mit Polizeigewalt und überwachungsstaatsähnlichen Maßnahmen ist ein gesellschaftlich breiter Widerstand kriminalisiert worden.

Für einen Neubeginn in der Endlagersuche muss die Politik heute bereit sein, die Fehler der Vergangenheit zu bereinigen und die Verantwortung dafür zu übernehmen: Auch deshalb muss Gorleben als Standort für ein Atommülllager endgültig aufgegeben werden! Nicht nur das: Die Bundesregierung will noch in diesem Jahr eine „vorläufige Sicherheitsanalyse“ zu Gorleben vorlegen. Das auch diese nicht ergebnisoffen ist, macht allein die Beteiligung von „Wissenschaftlern“ wie Bruno Thomauske klar: Der war in den 90er Jahren beim Bundesamt für Strahlenschutz für Gorleben zuständig, wechselte 2003 zum Atomkonzern Vattenfall und war dort für den AKW-Betrieb zuständig. Mit mäßigem Erfolg, wie man nach den schweren Störfällen in den AKW Brunsbüttel und Krümmel sagen muss. Dort wurde er 2007 gefeuert. Nun lässt er sich in Aachen an der Uni einen Lehrstuhl (Nuklearer Brennstoffkreislauf) u.a. von RWE finanzieren. Dieser Thomauske ist nun einer der maßgeblichen Mitverfasser der vom BMU beauftragten „vorläufigen Sicherheitsanalyse“. Bereits 2004 hat Thomauske in der Zeitschrift „Atomwirtschaft“ eindeutig erklärt, dass zur Eignungsbewertung von Gorleben keine weiteren Erkundungsarbeiten mehr notwendig seien: „Der Eignungsnachweis, ob der Standort für hochradioaktive, wärmentwickelnde Abfälle geeignet ist, könnte schon heute erfolgen“, (zitiert nach BT-Drucksache 17/6639 der Fraktion Die Grünen). Ein Neubeginn für eine ergebnisoffene Endlagersuche muss daher auch die sofortige Beendigung dieser vorläufigen Sicherheitsanalyse beinhalten.

Atommülllager ASSE säuft ab

Aber auch aus einem anderen Grund muss Gorleben endgültig aufgegeben werden. Dieser Grund liegt in der ASSE II. Dort sind rund 126.000 Fässer mit leicht- und mittelaktivem Atommüll zu Versuchszwecken, wie es damals hieß, endgelagert worden. Während öffentlich ein seriöser Forschungsbetrieb vorgegaukelt wurde, war die ASSE faktisch eine völlig chaotische Müllkippe, in der versenkt wurde, was immer AKW-Betreiber oder Forschungsreaktoren an Atommüll aufhäuften. Deswegen findet man heute auch Plutonium und hochradioaktiven Müll in der ASSE. Bloßer Menschenverstand hätte die sogenannten Experten schon damals warnen müssen, dass die ASSE II absaufen kann und damit eine Katastrophe droht. Schon damals war nämlich der Schacht ASSE 1 voll Wasser gelaufen! Eine ganze Armada von Fachleuten, Wirtschaftsvertretern und politisch Verantwortlichen hat über viele Jahre alle Warnungen über eine drohende Katastrophe in der ASSE II weggeredet, ignoriert und verharmlost. Ein Teil dieser Leute ist heute immer noch für Endlagerung zuständig! Seit Jahren versucht ein Untersuchungsausschuss des niedersächsischen Landtages



aufzuklären, welche Kumpanei zwischen Atomwirtschaft, Wissenschaft und Politik diesen unverantwortlichen Umgang mit Atommüll verursacht hat. Als eine Konsequenz ist der damalige Betreiber, das Helmholtz-Zentrum, durch das Bundesamt für Strahlenschutz abgelöst worden und der Betrieb vom Bergrecht auf Atomrecht umgestellt worden.

Doch richtig viel scheint damit bis heute nicht gewonnen: Vor erst zwei Jahren ist nach einem längeren Optionenvergleich festgestellt worden, dass nur die Rückholung der atomaren Hinterlassenschaften aus der ASSE ausreichende Sicherheit für die Bevölkerung bringen kann. Alle anderen Verfahren, bei dem der Müll im Salzstock bleibt, nehmen in Kauf, dass Radionuklide herausgepresst werden und es früher oder später zu großflächigen Grenzwertüberschreitungen kommt, wenn der Salzstock mit Atommüll absäuft und einstürzt. Natürlich ist es eine enorme technische Herausforderung, den völlig chaotisch abgelagerten Atommüll zu bergen. Immerhin ist das noch nie in der Menschheitsgeschichte gemacht worden! Und auch die Folgeprobleme haben es in sich: der Atommüll muss neu verpackt, ein neues Endlager muss gefunden werden. All das birgt erhebliche radiologische Risiken für die damit Beauftragten und auch die Bevölkerung. Doch das alles wussten die politischen Entscheidungsträger schon, als vor zwei Jahren die Entscheidung zur Rückholung getroffen wurde. Ende letzten Jahres „sickerte“ nun ein Papier aus den Bürostuben des Bundesamts für Strahlenschutz auf dem Weg zum Bundesumweltministerium in die Presse, in der die geplante Rückholung für gescheitert erklärt wird, bevor überhaupt irgendetwas unternommen wurde. Die beteiligten Behörden blockieren sich gegenseitig.

Wer in Deutschland ernsthaft ein dauerhaftes Atommülllager suchen will, muss dafür sorgen, dass nicht nur umfassende Transparenz und Bürgerbeteiligung sichergestellt ist, sondern auch, dass die Debatte um die Sicherheitsanforderungen frei von wirtschaftlichen Zwängen stattfindet. Dazu braucht es nicht nur einen gesetzlichen Rahmen, sondern auch einen gesellschaftlichen Neuanfang im Umgang mit der Atommüllfrage, der mit den Fehlern und Trickereien der Vergangenheit aufräumt! Nur so kann es einen offenen, vertrauensvollen Diskurs über die Lösung der Endlagerfrage geben. Und deshalb muss Gorleben endgültig beendet werden, die vorläufige Sicherheitsanalyse vom Tisch und das ganze Problem auf den Tisch! Wenn Minister Röttgen angesichts der anlaufenden Verhandlungen über eine Endlagersuche von einer „weißen Landkarte“ spricht und Gorleben, ASSE, Morsleben und Schacht Konrad verschweigt, ist das schon wieder eine Lüge!

**Dirk Seifert, Energiereferent ROBIN WOOD
Hamburg, 15. Januar 2012**

Aktueller Informations-Flyer von ROBIN WOOD: Disaster Atommüll, zu bestellen per E-Mail: info@robinwood.de